



Nettetal, Freitag, 12. Januar 2018

Presseinformation der Bürgerinitiative „VeNeTe, so nicht!“

Am 11.01.2018 lud die BI zu einer weiteren Informationsveranstaltung zum geplanten Bau des WLZ im Gewerbegebiet VeNeTe in Nettetal ein. Rund 500 Bürger folgten der Einladung, darunter auch Bürgermeister Christian Wagner und Ortsvorsteher Ingo Heymann. Der eingeladene Landrat ließ sich vom 1. Betriebsleiter des ABV Andreas Budde vertreten. Von den eingeladenen Vertretern der Stadt Nettetal im Kreistag erschien lediglich Hans-Willy Troost (FDP). Alle anderen Vertreter sagten Ihre Teilnahme ab, was die BI sehr bedauerte. Die BI informierte zunächst über den Status quo und über die bisher ergriffenen Maßnahmen, ehe zu den Kernaussagen in der Antwort des Landrates auf den offenen Brief der BI Stellung genommen wurde. Während der Landrat wenig konkrete Antworten auf die Fragen der BI gegeben hatte und die geforderten belegbaren Zahlen schuldig blieb, wartete die BI mit recherchierten Fakten und Zahlen auf, die einige Behauptungen glaubhaft widerlegen konnten. Heiß diskutiert wurde im Anschluss eine offiziell verletzte Stellungnahme des Anlagenbetreibers in Viersen Süchteln, der EGN mbH. Die BI hatte den Anlagenbetreiber mit einigen offenen Fragen angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Laut der EGN gibt es **keinen**, wie vom Kreis Viersen behauptet, automatisch auslaufenden Vertrag, der eine Eigenlösung in Nettetal zwingend notwendig macht. Im Gegenteil, der aktuelle Vertrag kann langfristig fortgeführt werden. Der Preis des Umladens wird über eine von beiden Seiten vereinbarte Preisklausel festgelegt, so dass die Behauptung die EGN würde ihre „Monopolstellung“ ausnutzen können haltlos ist. Weiterhin wurde erläutert, dass durch das reine Umladen an einem anderen Standort keine Millioneneinsparungen möglich sind. Hauptkostentreiber der Abfallgebühren sind die Kosten für die Müllverbrennung. Und für die Anbieter der Verbrennungsleistung sei es unerheblich, ob der Abfall aus Viersen-Süchteln oder Nettetal-Kaldenkirchen angeliefert wird. Sollten die Kostenschätzungen des ABV nicht zu realisieren sein, wovon inzwischen auszugehen ist, müssen die Mehrkosten auf die Bürger im Kreis Viersen umgelegt werden. Weiterhin bleibt festzuhalten, dass es durch eine Eigenlösung des Kreises zukünftig gar keinen Wettbewerb, statt wie gefordert mehr Wettbewerb geben würde. Man beraubt sich also der eigenen Argumente.

Aus Sicht der BI, sind damit die Hauptargumente für den Bau eines eigenen WLZ aus wirtschaftlichen Gründen widerlegt und die Bürger des Kreises Viersen fordern den ABV und die EGN auf, sich wieder an einen Tisch zu setzen um eine gemeinsame für beide Seiten wirtschaftliche Lösung zu finden. Die EGN hat bereits Gesprächsbereitschaft in Ihrem Schreiben signalisiert. Es gibt also eine wirtschaftliche Alternative zum Neubau einer eigenen Anlage und eine Investition von über 10 Millionen € auf Kosten der Steuerzahler ist vermeidbar!

Sprecher der Initiative

Claus Albrecht